



Information des Budgetdienstes

Maastricht-Notifikation März 2014

Zusammenfassung

- Das Maastricht-Defizit für den Gesamtstaat lag 2013 mit 4,8 Mrd. EUR bei 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und war somit wesentlich geringer als im Jahr 2012 (7,9 Mrd. EUR bzw. 2,6 % des BIP) bzw. als für das Jahr 2013 veranschlagt (2,3 % des BIP). Der Bund konnte das Maastricht-Defizit von 8,0 Mrd. EUR (2,6 % des BIP) im Jahr 2012 auf 4,8 Mrd. EUR (1,5 % des BIP) reduzieren. Das Defizit der Bundesländer (ohne Wien) und der Gemeinden (einschließlich Wien) wurde in etwa vom Überschuss der Sozialversicherungsträger ausgeglichen (-0,3 Mrd. EUR bzw. +0,3 Mrd. EUR).
- Der Schuldenstand für den Gesamtstaat erhöhte sich von 228,4 Mrd. EUR (74,4 % des BIP) auf 233,4 Mrd. EUR (74,5 % des BIP). Davon entfallen 204,7 Mrd. EUR (65,4 % des BIP) auf den Bund.
- Das gesamtstaatliche Defizit blieb seit dem Jahr 2000 mit Ausnahme der Jahre 2004, 2009 und 2010 unter der Maastricht-Grenze von 3 % des BIP, allerdings wurde in diesem Zeitraum nie ein Überschuss erzielt. Die Staatsschuldenquote blieb im gesamten Zeitraum über der Maastricht-Grenze von 60 % des BIP und ist nach einem Rückgang bis 2007 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise bis 2013 auf einen Höchststand von 74,5 % angestiegen. Die im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria AG erforderlichen Maßnahmen und der Umstieg auf das ESVG 2010 werden zu einem weiteren markanten Anstieg führen.



- Die staatlichen Einnahmen stiegen im Vorjahresvergleich um 3,4 % auf 155,7 Mrd. EUR an, die Staatsausgaben um 1,2 % auf 160,4 Mrd. EUR. Rund die Hälfte der Staatsausgaben entfällt auf den Bereich Soziales, weitere große Ausgabenbereiche sind der Personalaufwand (29,3 Mrd. EUR) und die Förderungen (27,6 Mrd. EUR). Bei den Staatseinnahmen stammen 90,5 % aus Steuern und Sozialbeiträgen.
- Die Steuer- und Abgabenquote ist von 42,2 % im Jahr 2011 auf 43,7 % im Jahr 2013 angestiegen.

Maastricht-Defizit und Schuldenstand für den Gesamtstaat

Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung übermitteln die EU-Mitgliedsstaaten zweimal jährlich (vor dem 1. April und vor dem 1. Oktober) Daten zu Defizit und Schuldenstand des Staates an die Europäische Kommission/Eurostat („budgetäre Notifikation“). Am 31. März 2014 wurden die Ergebnisse für 2013 von der Statistik Austria präsentiert. Diese Daten sind bedeutende Bezugsgrößen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Europäischen Union, an die sich wichtige fiskalpolitische Vorgaben für die EU-Mitgliedstaaten bzw. die Mitglieder der Eurozone knüpfen.

Das Maastricht-Defizit wird für den Gesamtstaat berechnet. Der Sektor Staat umfasst den Zentralstaat (Bund, inklusive Bundesfonds, Bundeskammern, Hochschulen und sonstige ausgegliederte Einheiten des Bundes), die Länder (ohne Wien), die Gemeinden (inkl. Wien) und die Sozialversicherung. Grundlage für die vorläufige Berechnung des Maastricht-Defizits für 2013 sind der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes, Quartalsdaten der Länder und die Gemeindehochrechnung aus den Quartalsdaten sowie die vorläufige Finanzstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Sonstige Einheiten des Sektors Staat werden auf Basis einzelner vorhandener Informationen geschätzt.



Hauptergebnisse

Die nachfolgenden Tabellen fassen die Hauptergebnisse zum öffentlichen Defizit und Schuldenstand zusammen:

Sektor/Teilsektoren	Öffentliches Defizit							
	in % des BIP				in Mrd. EUR			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Staat insgesamt	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-12,9	-7,3	-7,9	-4,8
Bund	-3,5	-2,4	-2,6	-1,5	-9,9	-7,1	-8,0	-4,8
Länder (ohne Wien)	-0,8	-0,2	-0,1	-0,1	-2,3	-0,7	-0,4	-0,3
Gemeinden (einschl. Wien)	-0,4	0,0	0,0	0,0	-1,2	-0,1	-0,0	-0,0
SV-Träger (Überschuss)	0,2	0,2	0,2	0,1	0,6	0,6	0,5	0,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	100	100	100	100	285,2	299,2	307,0	313,2

Quelle: Statistik Austria

Sektor/Teilsektoren	Schuldenstand							
	in% des BIP				in Mrd. EUR			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Staat insgesamt	72,0	72,5	74,4	74,5	206,1	217,9	228,4	233,4
Bund	62,6	62,9	64,7	65,4	179,3	189,1	198,8	204,7
Länder (ohne Wien)	5,9	5,9	6,1	5,6	16,9	17,9	18,7	17,4
Gemeinden (einschl. Wien)	2,8	3,0	3,0	3,1	8,0	9,1	9,3	9,6
SV-Träger (Überschuss)	0,7	0,6	0,6	0,5	2,0	1,8	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	100	100	100	100	285,2	299,2	307,0	313,2

Quellen: Statistik Austria, Staatsschuldenbericht 2012 (für 2010 und 2011)

Die öffentlichen Haushalte waren 2013 von sinkenden Defiziten gekennzeichnet. Nach den vorläufigen Daten beträgt 2013 das Maastricht-Defizit für den Gesamtstaat rd. 4,8 Mrd. EUR bzw. 1,5 % des BIP und ist somit deutlich geringer als im Jahr 2012 (7,9 Mrd. EUR bzw. 2,6 % des BIP) bzw. als für das Jahr 2013 veranschlagt (2,3 % des BIP). Das Defizit sank sowohl auf der Bundesebene als auch auf Landes- und Gemeindeebene. Das Maastricht-Defizit des Bundes ging von 8,0 Mrd. EUR (2,6 % des BIP) auf 4,8 Mrd. EUR (1,5 % des BIP) zurück und jenes der Länder (ohne Wien) von rd. 361 Mio. EUR auf 320 Mio. EUR. Die Gemeindeebene einschließlich Wien verzeichnete 2013 ein Maastricht-Defizit von 1 Mio. EUR, 2012 betrug es 12 Mio. EUR. Die Sozialversicherungsträger erzielten einen Überschuss von rd. 303 Mio. EUR, der etwas geringer ausfiel als 2012 (rd. 542 Mio. EUR).



Der Schuldenstand des Gesamtstaates erhöhte sich von 228,4 Mrd. EUR (74,4 % des BIP) im Jahr 2012 auf 233,4 Mrd. EUR (74,5 % des BIP). Hauptverantwortlich für diese Steigerung war der Anstieg der Bundesschulden, die sich um 5,9 Mrd. EUR erhöhten und mit 204,7 Mrd. EUR bzw. 65,4 % des BIP den Großteil des gesamtstaatlichen Schuldenstands darstellen. Der Schuldenstand der Länder ging von 18,7 Mrd. EUR auf 17,4 Mrd. EUR zurück, jener der Gemeinden erhöhte sich geringfügig von 9,3 Mrd. EUR auf 9,6 Mrd. EUR. Der Schuldenstand der Sozialversicherungsträger blieb im Vergleich zu 2012 mit rd. 1,7 Mrd. EUR nahezu unverändert.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wurde im Jahr 2013 von einigen **Sondereffekten** geprägt.

- **Bankenpaket:** 2013 betragen die defizitwirksamen Ausgaben im Rahmen des Bankenpakets insgesamt rd. 2,4 Mrd. EUR (2012: rd. 3,1 Mrd. EUR). Die Einnahmen betragen sowohl 2012 als auch 2013 etwa 500 Mio. EUR. Der daraus resultierende Nettoeffekt für 2013 entspricht rd. 1,9 Mrd. EUR oder 0,6 % des BIP und fließt auch dementsprechend in das Maastricht-Defizit ein.
- **Verkauf von Mobilfunklizenzen:** Bei der Versteigerung von Mobilfunklizenzen wurden Erlöse iHv rd. 2,0 Mrd. EUR erzielt, die der Bundesebene zugerechnet wurden. Diese verringern somit das Maastricht-Defizit des Bundes um rd. 0,6 % des BIP.
- **Steuerabkommen mit der Schweiz:** Die Abgeltungssteuer aus dem Steuerabkommen zwischen Österreich und der Schweiz erbrachte zusätzliche Steuereinnahmen iHv 717 Mio. EUR. Diese wurden gemäß dem Finanzausgleich auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt.

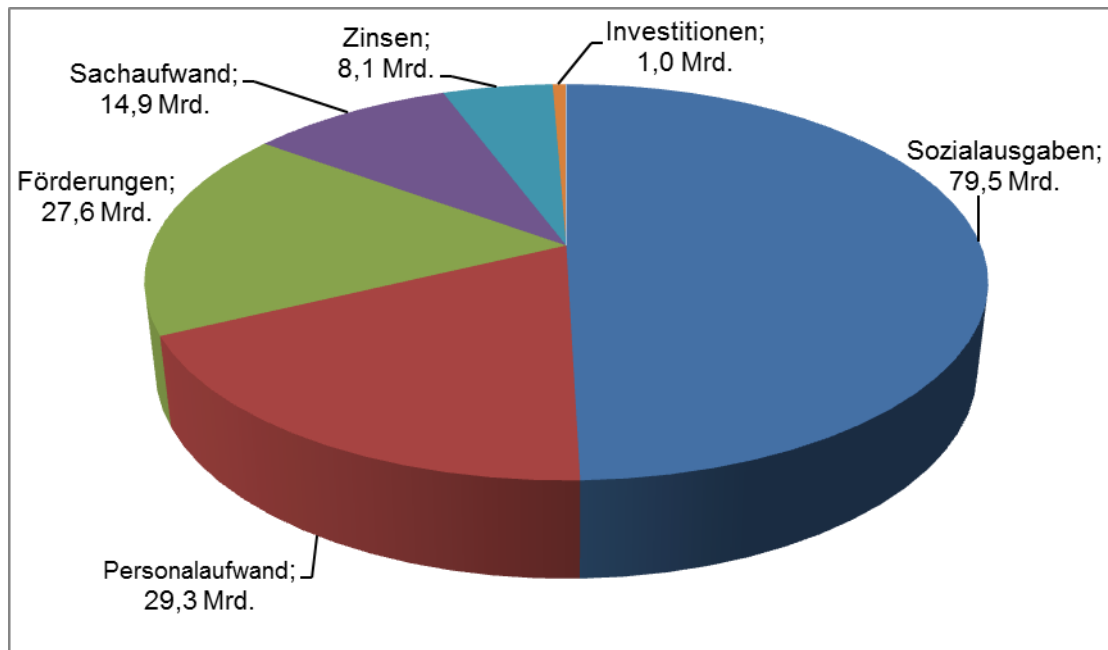
Insgesamt werden Mehrausgaben des Bankenpakets durch die einnahmeseitigen Sondereffekte des Mobilfunklizenzverkaufs und der Abgeltungssteuer mit der Schweiz mehr als aufgehoben. Die im Jahr 2013 erfolgten Rückzahlungen an Banken-Partizipationskapital iHv 1,4 Mrd. EUR hingegen stellen zwar Einzahlungen im Bundeshaushalt dar, verbessern jedoch nur den administrativen Saldo, nicht aber das Maastricht-Defizit.



Staatseinnahmen und Staatsausgaben des Jahres 2013 im Überblick

Der Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits ist dadurch bedingt, dass die staatlichen Einnahmen im Vorjahresvergleich stärker zunahmen (+3,4 %) als die Staatsausgaben (+1,2 %). Die Entwicklung der Hauptkategorien auf Einnahmen- und Ausgabenseite werden im Folgenden überblicksartig dargestellt.

Staatsausgaben 2013

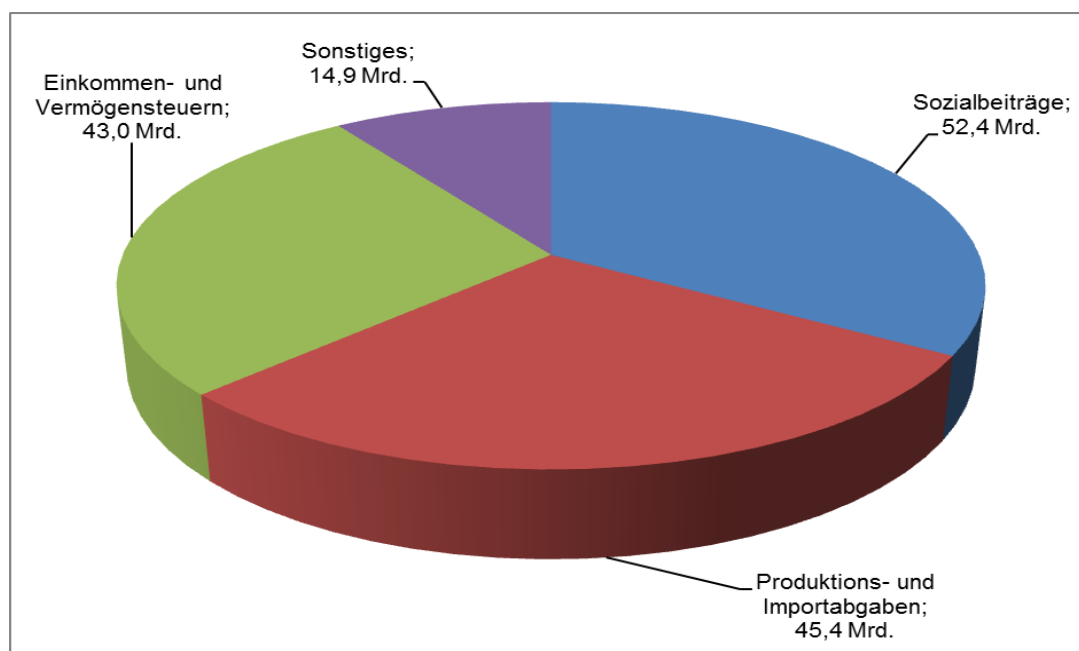


Quelle: Statistik Austria

Im Jahr 2013 betragen die Staatsausgaben 160,4 Mrd. EUR, was einer Steigerung um 1,2 % entspricht. Mit 79,5 Mrd. EUR entfiel etwa die Hälfte auf den Bereich Soziales. Dieser umfasst einerseits monetäre Leistungen wie z.B. Pensionen, Familienbeihilfen oder Arbeitslosengelder und andererseits Sachtransfers wie Arzt- und Spitalsleistungen. Auf den Personalaufwand entfielen rd. 18 % (29,3 Mrd. EUR), auf die Förderungen rd. 17 % (27,6 Mrd. EUR) der Staatsausgaben. Der Personalaufwand war aufgrund der Nulllohnrunde bei den Öffentlich Bediensteten 2013 nur um 0,6 % höher als im Jahr zuvor. Die größte Steigerung gegenüber 2012 wurde mit rd. +3,7 % im Bereich des Sachaufwands (14,9 Mrd. EUR) verzeichnet. Durch das niedrige Zinsniveau stieg die Zinsbelastung nur geringfügig von rd. 8 Mrd. EUR auf etwa 8,1 Mrd. EUR an.



Staatseinnahmen 2013



Quelle: Statistik Austria

Die Staatseinnahmen iHv insgesamt 155,7 Mrd. EUR stiegen im Vergleich zum Jahr 2012 um 5,1 Mrd. EUR oder 3,4 %. Etwa 90 % der Staatseinnahmen stammen aus Steuern und Sozialbeiträgen, die 2013 in Summe 140,9 Mrd. EUR ausmachten und somit um 4,4 Mrd. EUR höher lagen als 2012. Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben (inkl. Mehrwertsteuer) betragen 2013 rd. 45,4 Mrd. EUR und waren um etwa 1 % höher als 2012. Die Einkommen- und Vermögensteuern¹ stiegen im Jahr 2013 hingegen um 4,5 % an und betragen rd. 43 Mrd. EUR. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen erhöhten sich im Vergleich zu 2012 um rd. 2 Mrd. EUR auf rd. 52,4 Mrd. EUR und machten somit knapp ein Drittel aller Staatseinnahmen aus. Der Anstieg bei den Einnahmen aus Vermögenstransfers um rd. 700 Mio. EUR auf knapp 1 Mrd. EUR ist größtenteils auf die Abgeltungssteuer aus dem Steuerabkommen zwischen Österreich und der Schweiz zurückzuführen.

Andere Aggregate auf der Einnahmenseite spielen nur eine untergeordnete Rolle, wie z.B. Produktionserlöse iHv 6,1 Mrd. EUR, sonstige laufende Transfers iHv 4,1 Mrd. EUR und Vermögenseinkommen iHv. 3,6 Mrd. EUR.

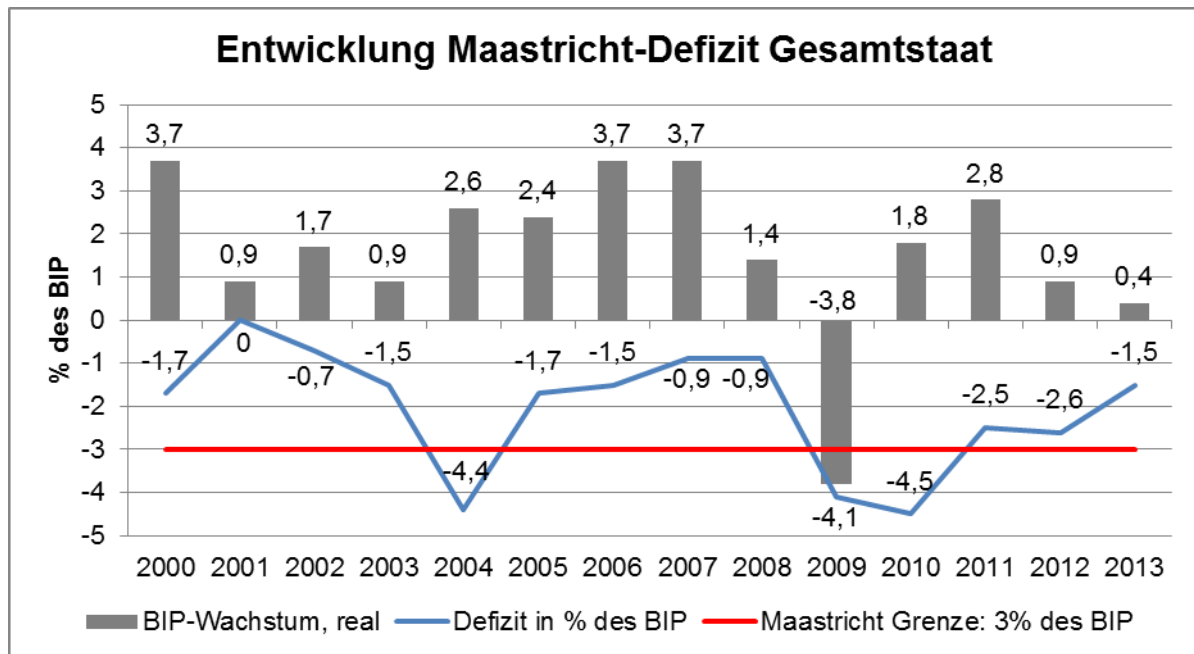
¹ Die im Abgabenerfolg des Bundes ausgewiesenen Einkommen- und Vermögensteuern entsprechen nicht unmittelbar der hier beschriebenen Kategorie. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für den Gesamtstaat umfasst beispielsweise auch auf Gemeindeebene eingehobene Steuern und stellt nicht auf den Zeitpunkt von Zahlungsströmen sondern auf den Zeitpunkt der zugrundeliegenden Tätigkeiten, Transaktionen oder sonstigen Ereignisse ab.



Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit dem Jahr 2000

Folgende Grafiken stellen die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit 2000 im Verhältnis zum BIP bzw. dessen Wachstum überblicksartig dar.

Defizit

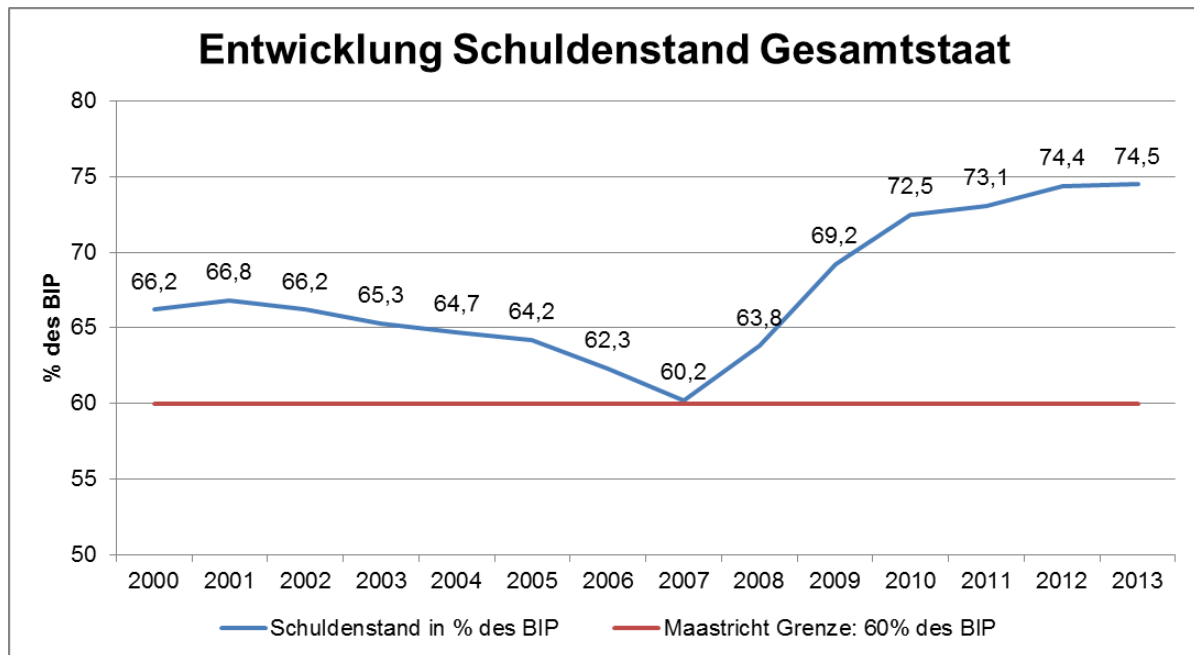


Quelle: Statistik Austria

Das staatliche Defizit blieb bis auf die Jahre 2004, 2009 und 2010 unter der Maastricht-Grenze von 3 % des BIP. Das hohe Defizit 2004 war vor allem durch eine Entschuldung der ÖBB bedingt, die von Eurostat als Subvention bewertet wurde und so den Staatsausgaben zuzurechnen war. Die hohen Defizite 2009 und 2010 von 4,1 % bzw. 4,5 % sind auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen, zu deren Eindämmung staatliche Maßnahmen erforderlich wurden. Seit dem Höchststand im Jahr 2010 ging das staatliche Defizit trotz einer sich seit 2011 erneut abschwächenden Konjunktur wieder zurück. Im Jahr 2013 erreicht das Defizit mit 1,5 % den niedrigsten Wert seit 2008 (Defizit 0,9 %).



Schuldenstand

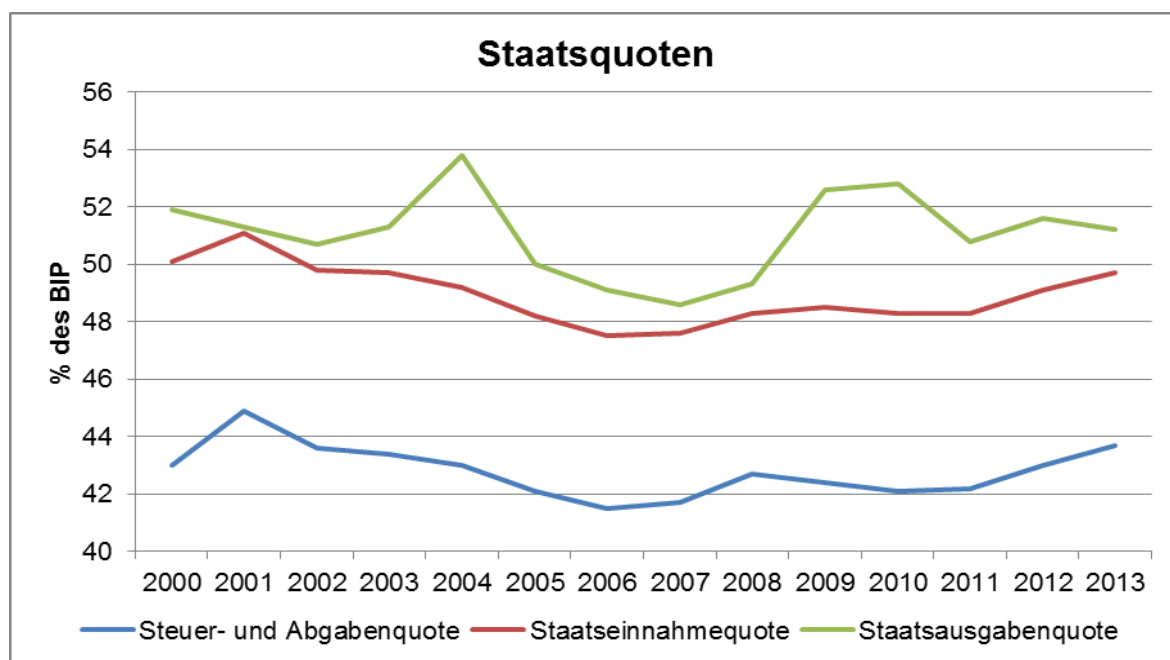


Quelle: Statistik Austria

Die Staatsschuldenquote verzeichnete von 2001 bis 2007 einen Rückgang von 66,8 % auf 60,2 % des BIP und verfehlt somit 2007 die Maastricht-Grenze von 60 % des BIP nur knapp. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es zu einer Trendumkehr bei der Entwicklung der Staatsschuldenquote, die durch den Einbruch der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Defizite bedingt war. Seither stieg die Staatsschuldenquote auf einen neuen Höchststand von 74,5 % des BIP im Jahr 2013. Laut aktueller Prognose des WIFO wird, durch die im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria AG erforderlichen Maßnahmen (Bilanzerstellung 2013 und Errichtung der Abbaubank) und die Umstellung auf das ESVG 2010, die Staatsschuldenquote 2014 deutlich auf über 80 % des BIP steigen.



Staatsquoten



Quelle: Statistik Austria

Die Staatsausgabenquote, also die Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP, sank im Jahr 2013 auf 51,2 %. Im Jahr 2000 betrug die Staatsausgabenquote noch 52 % und erreichte 2004 einen Höchststand mit 53,8 %. Von 2004 bis 2007 erfolgte ein starker Rückgang der Staatsquote, die 2007 nur noch 48,6 % betrug. Ab 2008 kam es durch den Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder zu einem deutlichen Anstieg.

Die Staatseinnahmequote, also die Staatseinnahmen im Verhältnis zum BIP, entwickelte sich kontinuierlich und lag über dem gesamten Beobachtungszeitraum unter der Staatsausgabenquote. Sie erreicht 2001 mit 51,1 % des BIP einen Höchstwert und ging danach auf 47,5 % im Jahr 2006 zurück. Seitdem stieg die Staatseinnahmequote kontinuierlich auf 49,7 % im Jahr 2013 an. Die Differenz zwischen Staatsausgabenquote und Staatseinnahmequote entspricht dem Finanzierungssaldo des Staates nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Prozent des BIP. Allerdings entspricht dieser nur annähernd dem Maastricht-Defizit, weil bei diesem Zinsströme aus derivativen Finanztransaktionen berücksichtigt werden.²

² Das Defizit laut ESVG umfasst Zinsströme aus derivativen Finanztransaktionen nicht, weil Zinstauschverträge als reine Finanztransaktionen betrachtet werden. Nach Maastricht-Definition jedoch sind die Zinsen als de facto Zinsleistung des Staates aus Schuldnersicht zu berücksichtigen.



Die Steuer- und Abgabenquote, also die Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum BIP, liegt unter der Staatseinnahmquote, in die auch weitere staatliche Einnahmen etwa aus Produktionserlösen oder Vermögenseinkommen eingerechnet werden. Die Steuer- und Abgabenquote erreichte 2001 einen Höchststand mit 44,9 % des BIP. Danach ging sie bis 2006 kontinuierlich auf 41,5 % zurück. Seit 2011 verzeichnete die Steuer- und Abgabenquote einen relativ starken Anstieg von 42,2 % auf 43,7 % im Jahr 2013.